



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
IN NIEDERSACHSEN



AUFSTIEGSLAND NIEDERSACHSEN

Impulse und Vorschläge zur
Landtagswahl 2022 in Niedersachsen



www.facebook.com/MITNDS



www.instagram.com/mit_niedersachsen



www.mittelstand-niedersachsen.de



www.linkedin.com/company/mit-niedersachsen



Wir, die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) in Niedersachsen, sind der stärkste und größte parteipolitische Wirtschaftsverband. Unserem breit aufgestellten Netzwerk gehören vom Harz bis an die Nordsee über 4.500 und bundesweit rund 25.000 Mitglieder an. In unserem Verband vernetzen sich Unternehmerinnen und Unternehmer, leitende Angestellte, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Landwirtinnen und Landwirte, aber auch Führungskräfte aus Verwaltung und Wissenschaft, Kirche, Kultur und Gesellschaft, Studierende und Auszubildende.

Kurzum: **Menschen, die in der Mitte stehen, Werte schaffen und gern Verantwortung übernehmen. Für sich, aber auch für andere.** Wir setzen uns aus Überzeugung für die **Soziale Marktwirtschaft** ein. Und das schon seit über 50 Jahren. Fünf Jahrzehnte, in denen unser Netzwerk in ganz Niedersachsen gewachsen ist. **Unser Ziel:** Niedersachsen und Deutschland wirtschaftsfreundlich gestalten. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für ein Land, in dem wird gut und gern leben. **Unser Mehrwert:** Wir bieten ein interessantes und vielfältiges Netzwerk mit regelmäßigen Veranstaltungen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene an. Bei uns gehört es dazu, auf Augenhöhe mit unseren Entscheidungsträgern in Verwaltungen, Ministerien und den Fraktionen zu sprechen.

Wir sind moderne Konservative. Wir möchten Bewährtes erhalten und gleichzeitig neue Dinge ausprobieren. Wir sind liberal und sozial. Für uns gehören Ökonomie und Ökologie zusammen. Wir sind die Schnittstelle und das Scharnier zwischen Wirtschaft und Politik – von der kommunalen Ebene bis hin ins Europaparlament.

Unsere Stärke: Das sind **unsere Mitglieder!** Ihre Ideen und Vorschläge bringen wir in die Politik ein. Sie sind echte Macherinnen und Macher. Machen auch Sie MIT! Wir freuen uns auf Ihre Ideen!

Wir sind tief verwurzelt in der Politik Niedersachsens. Von den 50 CDU-Politikerinnen und Politikern im niedersächsischen Landtag sind 35 MIT-Mitglied. Proportional stärker sind wir auf Bundesebene vertreten. Von 18 niedersächsischen CDU-Abgeordneten gehören 17 zu uns.

Wir haben uns die letzten Wahlprogramme angesehen. Sie haben uns nicht vollständig überzeugt. Sie waren häufig sehr unverständlich und viel zu überladen. Wir haben die Herausforderung angenommen, ein Wahlprogramm so zu gestalten, dass es schlank und trotzdem treffend ist.

In Netzwerkveranstaltungen und Vorstandssitzungen sammelten wir Impulse. Zahlreiche Ideen und Forderungen erhielten wir durch unsere Umfrage mit allen MIT-Mitgliedern.

Wir haben es geschafft. Dieses **Wahlprogramm** ist anders als alle Wahlprogramme zuvor. Wir stellen keine klassischen Forderungen an die Politik, sondern wir schildern unsere Vorstellungen von einem Niedersachsen, in dem wir gut und gern leben. Wir haben unterschiedliche Hintergründe und Erfahrungen. Uns eint das Ziel, die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Wirtschaft in Niedersachsen und Deutschland zu verbessern. Nicht auf Kosten anderer, sondern mit dem Ziel, Wohlstand für alle zu ermöglichen. Im Gleichklang mit einer wachsenden Wirtschaftskraft. Für bessere Arbeit, eine stabile Wirtschaft und eine gesunde Umwelt. Für Unternehmergeist und Aufbruchstimmung. Für das Anpacken und Ausprobieren statt Zweifeln und Zaudern. Für uns. Für Niedersachsen.

INHALT

UNSERE WIRTSCHAFT	
Einleitung.	4
ARBEIT	
Arbeitsmarkt.	5
BILDUNG	
Lebenslanges Lernen.	6
BÜROKRATIEABBAU und DIGITALISIERUNG	
Weniger ist mehr. Schneller ist besser.	7
ENERGIE und KLIMAWANDEL	
Energieland Niedersachsen.	8
GELD	
Finanzen und Steuern.	12
HANDWERK	
Meisterlich.	13
LANDWIRTSCHAFT	
Agrar- und Energieland Niedersachsen:	
Wir ernten nicht nur die besten Lebensmittel, sondern auch Sonne und Wind.	14
FORSTWIRTSCHAFT	
Wälder und nachhaltige Forstwirtschaft	17
LÄNDLICHER RAUM	
Lebenswerter ländlicher Raum.	18
Zum Ende	20
Anhang	21

UNSERE WIRTSCHAFT

EINLEITUNG.



Wir stehen zum Erfolgsmodell der **Sozialen Marktwirtschaft**. Damit sorgen wir für die Freiheit der Wirtschaft, einen funktionierenden Wettbewerb und soziale Absicherung; hinzu kommt eine stärkere Rücksichtnahme auf den Erhalt unserer Umwelt. Nur so können Ökonomie, Ökologie und soziale Sicherheit, die drei Säulen unserer Wirtschaftspolitik, gewahrt bleiben. Das gilt für kleine Start-ups über den Mittelstand bis hin zu Großbetrieben.

Dazu gehört für uns das partnerschaftliche Miteinander der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Die **Tarifautonomie** muss auch zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Damit wollen wir gute und sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten und neue schaffen.

Eine der wesentlichen Pfeiler der niedersächsischen Wirtschaft ist der **Handel** in seiner mittelständisch geprägten Struktur. Er ist vor enorme Herausforderungen gestellt, insbesondere durch die großen Onlinehandelsplattformen, die gegenwärtig im Durchschnitt eine deutlich niedrigere Steuer- und Abgabenlast tragen. Diesem Trend muss entgegengesteuert werden. Die Wettbewerbsbedingungen für beide Handelswege müssen sich angleichen. Darüber hinaus müssen Regelungen zur Sonn- und Feiertagsöffnung unter Wahrung des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes grundlegend überarbeitet werden.

Wir brauchen **verlässliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen**. Unser Land muss stärker als klimaneutraler, industrieller Produktionsstandort entwickelt werden. Dabei setzen wir auf **Technologienoffenheit** und sprechen uns gegen ideologische Verbote und für Planungssicherheit aus.

Niedersachsen steht für hohe Qualität. Das sichert oft hohe Qualität, schafft aber auch vereinzelt bürokratische Hindernisse. Nicht jede Erhebung des Landesamtes für Statistik hat sich als effektiv erwiesen. Nicht immer wurden Anträge an die N-Bank einfach

und schnell bearbeitet. Nicht alle Förderangebote des Landes werden verständlich angeboten. Jedenfalls lehnen wir über internationale, EU-weite oder nationale Standards hinausgehende **bürokratische Auflagen** für unsere niedersächsischen Unternehmen ab.

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Niedersachsen durch **schnellere Genehmigungsverfahren** und den **Abbau von Verwaltungsaufgaben** stärken, indem wir zum Beispiel Fristen verkürzen. Gute Standortpolitik startet in kommunalen Verwaltungen. Daher sollte die kommunale Verwaltung mehr Wert auf attraktive Wirtschaftsbedingungen legen.

Wir wollen Niedersachsen heute für die Arbeit von morgen aufstellen. Dazu sollte das Land Pilotprojekte wie beispielsweise CoHo-Clubs (Coworking- und Homeoffice-Clubs) unterstützen. Digitale Arbeitsformen wollen wir durch ein **leistungsfähiges Breitbandnetz und landesweites Mobilfunknetz** sicherstellen.

Wir setzen uns neben landesseitigen Maßnahmen auf Bundesebene für eine Flexibilisierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeiten im Arbeitszeitgesetz ein. **Flexiblere Arbeitszeiten** können – mit Zustimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gerade den Arbeitsalltag junger Familien oder pflegender Angehöriger erleichtern sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung der Arbeitswelt besser abbilden.

Niedersachsen ist Küstenland und bedeutender Standort für Häfen und Schifffahrt. Leistungsstarke Hinterlandanbindungen sind dafür ebenso notwendig, wie gute Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb. Unsere Werften gehören zu den Weltmarktführern. Die Binnen-, Küsten und Seeschifffahrt sind besonders energieeffiziente und damit umweltfreundliche Verkehrsträger. Die **Förderung der maritimen Verbundwirtschaft**, einschließlich Forschung und Ausbildung, ist daher von großer Bedeutung.



ARBEIT

- Aktive Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland durch internationale Arbeitsämter
- Pilotprojekt: Umzugsunterstützung innerhalb Niedersachsens für arbeitssuchende Familien
- Einführung von Wochenarbeitszeitkonten
- Digitale Infrastruktur in ganz Niedersachsen
- Coworking- und Homeoffice-Clubs in Gemeindezentren
- Gründungszentrum mit niederschweligen Angeboten für angehende Gründerinnen und Gründer

ARBEITSMARKT.

Fachkräfte sichern unsere Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, unser Wachstum und unseren Wohlstand. Eine attraktive Standortpolitik und gute Rahmenbedingungen wirken einem Fachkräftemangel entgegen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Mit einer Kampagne wollen wir ausländische Arbeitskräfte von den sehr guten Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen sowie der hohen Lebensqualität in unserem Bundesland überzeugen. Als Pilotprojekte könnten mit internationalen Arbeitsämtern in ausgewählten Regionen Fach- und Arbeitskräfte gefunden werden. Gleichzeitig könnten diese Arbeitsämter eine gesteuerte Zuwanderung gewährleisten, da alle Formalien bereits vor Ort erledigt werden. In einem weiteren Schritt muss die Anerkennung von Abschlüssen erleichtert werden, um gut qualifizierte Menschen besser und schneller ins Land zu holen.

Rund acht Millionen Menschen leben in Niedersachsen. Die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2021 bei 5%. Das sind etwa 220.000 Menschen. Fördern und fordern ist für uns das richtige Mittel, um den arbeitssuchenden Menschen eine Perspektive zu bieten. Mit gezielten Weiterbildungsmaßnahmen für konkrete Unternehmen vor Ort kann den Menschen eine neue Perspektive geboten werden. Arbeitslose Familien in strukturschwachen Regionen sollten beim Umzug in eine wirtschaftlich stärkere Region unterstützt werden. Hierfür könnte das Land Niedersachsen ein Pilotprojekt gründen und den Menschen beim Weg ins neue Leben unterstützen.

Wir möchten, dass Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen nach ihren Bedürfnissen selbst entscheiden können, wer wie lange und wie viel arbeitet. Wir sprechen uns für flexible Arbeitszeitmodellen mit Wochenarbeitszeitkonten aus, so dass in Familien beide Elternteile einer Arbeit nachgehen können.

Viele Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen kennen und schätzen die Vorteile des Homeoffice. Das Land Niedersachsen ist in der Pflicht, die digitale Infrastruktur bzw. Rahmenbedingungen im ganzen Land für das Arbeiten von zu Hause zu ermöglichen.

Ein weiteres Pilotprojekt und eine echte Alternative zum Homeoffice in den eigenen vier Wänden sind CoHo-Clubs (Coworking- und Homeoffice-Clubs). Sie entstehen in Gemeinde- und Stadtzentren, mitten in der Innenstadt. Erstens bieten sie professionelle Arbeitsmöglichkeiten, zweitens sorgen sie für einen neuen Austausch unter den Menschen vor Ort und drittens beugen sie der Vereinsamung vor. Darüber hinaus erleben Innenstädte ein Comeback nach der Pandemie. CoHo-Clubs sorgen für weniger Leerstände in Innenstädten. Gleichzeitig profitieren die umliegenden Gastronomiebetriebe in der Mittagszeit von einer höheren Kundenfrequenz. Diese Veränderung im Arbeitsalltag trägt nicht nur zu weniger Verkehrsaufkommen bei, sondern führt auch zu weniger Flächenverbrauch. Schließlich können dadurch die Bürogebäude, die zuvor nur tagsüber genutzt wurden, verkleinert oder durch mehrere Unternehmen genutzt werden. Dies schafft zusätzlich Platz für mehr Mischnutzungen aus Wohnen, Gewerbe und Handwerk. Es ist eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Unternehmensgründungen sollten online binnen 24 Stunden ermöglicht werden. Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden. Können die Beratungs- und Unterstützungsangebote durch Kooperationen zum Beispiel zwischen der Wirtschaftsförderung, den Handwerkskammern und den IHK verbessert werden? Die Internetseite www.startup.nds.de ist ein bereits funktionierendes Element in die richtige Richtung. Darüber hinaus braucht es ein Gründungszentrum, in dem alle Gründerinnen und Gründer in einfachen Strukturen niedrigschwellig Hilfestellung bekommen. Das Gründungszentrum soll als zentraler Punkt die unterschiedlichen Fördermaßnahmen und Beratungsmöglichkeiten vereinheitlicht darstellen.



BILDUNG

- Eine ausgezeichnete Lerninfrastruktur, sowohl baulich als auch technisch aktuell
- Kostenfreies Frühstück und Mittagessen, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben
- Weniger Stundenausfälle
- Stärkung der dualen betrieblichen Ausbildung vor Ort

LEBENSLANGES LERNEN.

Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung für einen starken Mittelstand. Die Menschen im Land mit ihren Ideen sind der Rohstoff unserer Wirtschaft. Über 1.100.000 Schüler/innen lernen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Niedersachsen. Davon brachen im Jahr 2020 über 4.600 Schüler/innen die Schule ab. Wir können und wollen uns keine Schulabbrecher leisten. Wir brauchen ein komplett kostenfreies Bildungssystem, das Vorbild für andere wird. Alle werden mitgenommen - verlorene Arbeitskräfte können und wollen wir uns nicht leisten.

Bildungspolitik ist Ländersache. Schulen müssen zu den Vorzeigeleuchttürmen im ganzen Land werden. Wir brauchen ein modernes Lernumfeld: Räumlichkeiten, die zur Kreativität anregen, in denen sowohl der Rückzug zum stillen Lernen möglich ist, in denen aber auch Platz für Gruppenarbeiten und gemeinsamen Unterricht bleibt. Gebäude, die mit

modernster digitaler Technik ausgestattet sind. Schulen, in denen jedes Kind ein kostenloses, gesundes Frühstück und Mittagessen erhält. Ungeachtet vom Elternhaus bekommt jedes Kind die Chance, im Aufstiegsland Niedersachsen aufzusteigen.

Das niedersächsische Schulsystem sollte flächendeckend auf ein gleiches Niveau angehoben werden. Leider fehlt es an vielen Schulen in unterschiedlichen Regionen an digitaler Infrastruktur. Hier muss nachgesteuert werden. Es braucht einen konkreten Weg zur Modernisierung und Verbesserung von Schul- und Ausbildungsinhalten. Die digitale Ausbildung kann ein gemeinsames Projekt von Digitalisierungs- und Kultusministerium sowie dem Mittelstand in Niedersachsen werden.

Wir brauchen verlässlichen Berufsschulunterricht, weniger Stundenausfälle und mehr Kontakte zum Berufsleben.





BÜROKRATIEABBAU UND DIGITALISIERUNG

- Bürokratie durch Digitalisierung und schnellere, praxisnahe Prozesse abbauen
- Behördengänge sollten digitalisiert und dadurch vereinfacht werden
- Staatliche Leistungen und Anträge digitalisieren
- Ausbau der digitalen Infrastruktur orientiert am echten Bedarf
- Breitbandausbau mit Glasfaserkabeln fortsetzen
- Glasfaser und LTE-Mobilfunknetz müssen überall gewährleistet sein
- Gerade in den Flächenregionen müssen die Kommunen hierbei unterstützt werden
- Generell gilt: Bürokratieabbau zur Stärkung des Mittelstandes
- Digitalisierungs-Beratungsangebote für kleine mittelständische Unternehmen

WENIGER IST MEHR. SCHNELLER IST BESSER.

Die Digitalisierung bewirkt große Veränderungen im Arbeitsleben und bei der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig bietet sie unendliche Chancen für die Angebote von Serviceleistungen für Unternehmen. Digitale Verwaltungsdienstleistungen und Prozesse sind für die Wettbewerbsfähigkeit und das Funktionieren unseres Gemeinwesens von großer Bedeutung. Wir wollen, dass alle Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten werden, sei es die Beantragung eines Personalausweises oder die Abgabe von Bauunterlagen. Alles muss einfach und ohne langwierige Briefwech-

sel online zu beantragen sein. Außerdem sollten die Ämter zu echten Service-Centern ausgebaut und online eine 24/7-Erreichbarkeit sichergestellt werden. Soweit erforderlich, bedarf es dafür einer landesweit einheitlichen Software mit regelmäßigen Updates.

Wir wollen unser Bundesland schneller machen. Planungsverfahren für Klein- und Großprojekte dauern zu lange und sind einer der größten Hindernisse für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Durch Bürokratieabbau erreichen wir eine Stärkung des Mittelstandes. Die Antragsstellung und Formulargestaltung beispielsweise bei Förderanträgen muss vereinfacht werden.

Das Ziel ist: Internet für alle. Ohne Wenn und Aber. Produkte, Märkte, Lieferketten und Kommunikation verändern sich massiv. Bandbreite und Geschwindigkeit des Internetanschlusses reichen nicht aus. Die wenigsten Haushalte sind mit einem Glasfaseranschluss versorgt. Die meisten arbeiten mit einem herkömmlichen Anschluss. Es gibt nicht im ganzen Land Handynetz, ebenso wird von einem fehlenden 5G-Netz für Logistikanwendungen, smarte Landwirtschaft, mobile Erntehelfer oder autonomes Fahren berichtet. Wir wollen führend sein; dafür braucht es auch eine leistungsfähige moderne digitale Infrastruktur.

Insbesondere kleine mittelständische Unternehmen mit z. B. bis zu 100 Mitarbeitern, die aufgrund ihrer Größe keine eigenen IT-Abteilungen/Experten im Unternehmen beschäftigen können, benötigen eine besondere Förderung. Das Land Niedersachsen sollten diesen Unternehmen in einer konzertierten Aktion unter Einbeziehung vorhandener Beratungsstrukturen z. B. bei Industrie und Handelskammern oder Handwerkskammern eine zugeschnittene Beratung mit Fördermitteln anbieten.



ENERGIE UND KLIMAWANDEL

- Technologieoffenheit
- Wettbewerbsfähige Energiepreise
- Planung von Infrastruktur
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten

ENERGIELAND NIEDERSACHSEN

Der niedersächsische Mittelstand kann und wird ein wichtiger gesellschaftlicher Treiber sein, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimagipfels 2015 zu erreichen. Bei Nichterreichung des Zieles drohen den nachfolgenden Generationen katastrophale Lebensbedingungen. Daher stellt sich der Mittelstand dieser generationenübergreifenden Aufgabe. Die Transformation, also die Umstellung unserer derzeitig klimaschädigenden Gesellschaft zu einer klimaneutralen Gesellschaft unter Wahrung des individuellen und sozialen Wohlstandes im Rahmen eines demokratischen und liberalen Rechtsstaates, kann nur gelingen, wenn das 1,5-Grad-Ziel unter Wahrung sozialer und ökonomischer Bedürfnisse bewältigt wird. Soziale und ökologische Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und ein Carbon-Leakage-Schutz (die Verlagerung von CO₂-Emissionen in solche Drittstaaten, die keine vergleichbaren

CO₂-Abgaben oder Emissionshandelssysteme eingeführt haben und umsetzen) für transformationswillige Unternehmen müssen einen verlässlichen und planbaren Rahmen für alle unternehmerischen Tätigkeiten und die damit verbundenen Risiken bilden. Wettbewerbsfähige Energiepreise sind eine Grundvoraussetzung, um die angestrebte Substitution von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energiequellen erfolgreich umzusetzen.

TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Alle gesetzlichen Anforderungen und Vorgaben zur Umgestaltung unserer bestehenden Gesellschaft hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft müssen technologieoffen erfolgen. Letztendlich entscheiden Markt und Verbraucher, welche CO₂-arme Technologien sich durchsetzen werden. Planwirtschaft hat sich noch nie als innovatives und effizientes Wirtschaftsmodell erwiesen. Innovation ist der wesentliche Faktor, um eingeführte und bewährte Prozesse durch technische und organisatorische Änderungen so umzugestalten, dass auch nachfolgende Generationen in einer klimaneutralen Gesellschaft unter Wahrung sozialer Sicherheit und Wohlstands leben können. Regulatorische Vorgaben zu Techniken und Entwicklungspfaden sind innovationsfeindlich und hemmend. Mobilität als Grundvoraussetzung



für moderne Gesellschaften muss auf verschiedene Antriebsarten wie Batterietechnik, Brennstoffzellen oder Verbrennung von eFuels zurückgreifen können. Etablierung von Techniken erfolgen in der Regel auf marktbasierenden Mechanismen und nicht auf staatlichen Vorgaben. Der Gesetzgeber kann heute nicht erkennen, welche neuen Technologien sich morgen herauskristallisieren werden.

WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEPREISE

Um international wettbewerbsfähige Energiepreise gewährleisten zu können, muss der Gesetzgeber zum einen alle Steuern und Abgaben auf elektrische Energie streichen und zum anderen kann der Zeitplan des Kohleausstiegs nur aufrechterhalten werden, wenn gleichzeitig der Zubau der erneuerbaren Energien den steigenden Strombedarf decken wird. Als Ersatz für russisches Erdgas müssen schnellst möglich LNG-Terminals an den Häfen Wilhelmshaven und Stade errichtet und in Betrieb genommen werden. Deutschland hat einen Strombedarf von derzeit etwa 520 TWh, der nach Prognosen bis 2030 auf 700 TWh, bis 2050 auf 1000 TWh und mehr ansteigen wird. Durch die zunehmende Elektrifizierung unserer Volks-

wirtschaft wächst der Strombedarf, da fossile Primärenergie zusätzlich durch erneuerbare Energien ersetzt werden muss.

Wächst die grüne Energieerzeugung nicht gleichermaßen, führt die Angebotsverknappung zu steigenden und nicht wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Dies führt zu einer Kostensteigerung der privaten Haushalte und damit zu einer Verknappung des privaten Konsums und zum anderen zu steigenden Kosten für Unternehmen, die sie am Markt nicht weitergeben können. Produktionsverlagerungen ins Ausland werden die Folge sein, was zu Arbeitsplatzverlusten mit allen sozialen Konsequenzen führen wird. Daher muss der Gesetzgeber bei Verfolgung seiner Klimaziele alle Stellgrößen im Auge behalten und darf ungeachtet der Wichtigkeit der Klimaziele, diese nicht als alleiniges Steuerkriterium betrachten. Der Bezug von alternativen CO₂-freien Energien über den europäischen Binnenmarkt darf kein nationales Tabukriterium sein.

Um die Abhängigkeit von russischen Erdgas abzubauen, müssen LNG Terminals an den Hafensstandorten Wilhelmshaven und Stade gebaut werden. Mit diesen Standorten kann Erdgas aus dem Nahen Osten und den USA als Alternative bezogen werden. Da an diesen Terminals später Wasserstofftanker gelöscht werden können, widerspricht diese Investitionen nicht den Klimaplänen der EU



und der Bundesregierung. Die Erpressbarkeit unseres Landes durch die derzeitige Fokussierung auf russisches Erdgas kann nur mit alternativen Lieferquellen gemindert werden.

PLANUNG VON INFRASTRUKTUR

Die lokale Infrastruktur zur Versorgung der mittelständischen Betriebe und der Bevölkerung mit grünen Energien ist nicht vorhanden und muss schnellstens gebaut und errichtet werden. Hierfür sind Aufwand und zeitliche Dauer der Genehmigungsverfahren drastisch zu verkürzen, das Klagerecht auf unmittelbar betroffene Personen zu beschränken, das Verbandsklagerecht zu reformieren und die Präklusion in bewährter Form zu bewahren. Öffentliche Förderprogramme müssen den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur finanzieren. Genehmigungsverfahren haben sich durch verschiedenste Zielkonflikte, eine verkomplizierende Gesetzeslage, Mangel an behördlichen

Ressourcen sowie dem Klagewillen überregionaler Umweltverbände, die hier ein eigenes Geschäftsmodell entwickelt haben, zu dem Bremser der Transformation entwickelt. Der zeitliche und finanzielle Aufwand der Genehmigungsverfahren machen Investitionen in Zukunftstechnologien unattraktiv und verhindern den Zugriff auf Venture Capital. Daher müssen die Genehmigungsverfahren deutlich verschlankt, der Kreis der Klageberechtigten eingeschränkt sowie Genehmigungsbehörden und Gerichte mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden. Ein Genehmigungsverfahren muss mit Beginn der Erstellung der Genehmigungsunterlagen bis zur Zustellung des Genehmigungsbescheids nach zwei Jahren abgeschlossen und rechtskräftig sein.

Die Genehmigungszeiten für LNG-Terminals von sechs Jahren und mehr sind nicht akzeptabel und müssen reduziert werden. In Krisenzeiten wie momentan müssen unkonventionelle Wege gegangen werden, um die katastrophalen Folgen des drohenden Erdgasmangels abzuwenden. Ohne eine ausreichende Erdgasversorgung kommt es zu einem Zusammenbruch unserer Industrie, die Ar-

beitsplatzverluste werden zu sozialen Verwerfungen führen.

Der Aufbau der Infrastruktur für Strommengen und Wasserstoff können nicht allein von Industrie und Gewerbe getragen werden und darf nicht über Netzentgelte und Anschlussgebühren finanziert werden. Dies ist vielmehr als Aufgabe der öffentlichen Hand im Sinne der Daseinsvorsorge zu verstehen. Entsprechende Förderprogramme über einen generationenübergreifenden Zeitraum sind hierfür aufzubauen.

INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

CO₂-Bepreisung und weitere Vorgaben zur Einhaltung der Klimaziele dürfen den deutschen Mittelstand nicht in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit einschränken und ihm seine finanzielle Grundlage entziehen. Gesetzliche Regelungen zu einem umfassenden Carbon-Leakage-Schutz wie im BECV ansatzweise eingeführt, sind zu erweitern und dem internationalen Wettbewerb anzupassen. Politische CO₂-Preise wie im nationalen BEHG schränken die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstandes im europäischen und außereuropäischen Wettbewerb deutlich ein. Die CO₂-Bepreisung kann keine Lenkungswirkung entfalten, da die nicht-fossilen Alternativen wie grüner Strom, grüner Wasserstoff oder andere alternative Brennstoffe nicht in der erforderlichen Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden sind. Solange die mittelständische Wirtschaft aus diesen Gründen auf fossile Kohlenstoffträger angewiesen ist, muss hier eine Entlastung für die betroffenen Industrien geschaffen werden. Das BECV ist ein erster Ansatz, dies muss aber weiterentwickelt und Kompensationsmaßnahmen dürfen nicht an investive Maßnahmen gekoppelt sein, da die Kompensation bereits entstandene Kosten decken muss.





GELD

- N-Bank zu einer zentralen Strukturförderbank umbauen
- Finanzämter als Service-Center umgestalten

FINANZEN UND STEUERN.

Wir stehen für die Fortsetzung einer verantwortungsvollen und soliden Finanzpolitik. Wir wollen die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger entlasten. Und wir wollen Menschen dabei unterstützen, sich Vermögen aufzubauen.

Steuerpolitik wird hauptsächlich im Bund gestaltet. Wir beschränken uns daher auf zwei Aspekte.

Die N-Bank ist die Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen. Sie bietet heute bereits viele gute Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Gründerinnen und Gründer an. Wir wollen, dass die N-Bank zu einer zentralen Strukturförderbank mit entsprechend erweiterten Handlungsmöglichkeiten und einer nötigen Kapitalausstattung ausgeweitet wird.

Wir möchten, dass unsere Finanzämter in Niedersachsen zukünftig zu den besten Service-Centern für ihre Bürger umgestaltet werden. Abstimmungen

und Besprechungen gehören zukünftig über Video-Konferenzen zum Standard. Hinweise bei nicht vollständigen Unterlagen werden auf kurzem Dienstweg besprochen. Die Elektronische Steuererklärung ELSTER kann nur der Anfang sein; weitere digitale Anwendungen müssen für den Austausch zwischen den Menschen und den Finanzämtern bereitgehalten werden.





HANDWERK

- Meisterausbildung weiter fördern, mit der Übernahme der Ausbildungskosten plus Prämie
- Beratungsprogramme zur Unternehmensnachfolge
- Berufe durch mehr Praktika und Berufsbildungsmessen erlebbarer machen

MEISTERLICH.

Das Handwerk in Niedersachsen stellt mit knapp 85.000 Betrieben einen wesentlichen Bestandteil unserer klein- und mittelständischen Wirtschaftsstruktur dar. Sie leisten qualitativ hervorragende Arbeit. Und sie schaffen mit ihrer großen Anzahl an Ausbildungsplätzen einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel und für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Meisterbetriebsgründungen sind deutlich nachhaltiger, da sie eine erheblich höhere Wettbewerbsfähigkeit haben. Gleichzeitig wollen wir mehr Menschen dazu motivieren, eine Meisterqualifikation zu erwerben.

Die Meisterausbildung muss gefördert werden, um Menschen mit geringem Einkommen den Erwerb einer Meisterqualifikation zu ermöglichen. Die bereits bestehende und Ende Oktober 2023 auslaufende niedersächsische Meisterprämie in Höhe von 4.000 € nach erfolgreich absolvierter Meisterprüfung

im Handwerk sollte um weitere Jahre verlängert werden. Um einen weiteren Beitrag gegen den Fachkräftemangel zu leisten, sollten bestandene Meisterschülerinnen und Meisterschüler zusätzlich die volle Höhe der Ausbildungskosten erstattet bekommen.

Der demografische Wandel stellt besonders das mittelständische Handwerk vor große Herausforderungen. Für viele Betriebe steht in den kommenden Jahren ein Generationenwechsel an. Häufig fehlen hierfür geeignete Betriebsnachfolger/innen. Das stellt viele handwerkliche Betriebe vor existenzielle Herausforderungen. Wir wollen Unternehmensnachfolgen weiter erleichtern und die Betriebsübernahme für nachfolgende Generationen attraktiver machen. Durch Beratungsprogramme zur Unternehmensnachfolge wollen wir den Übergang auf künftige Generationen sichern.

Handwerkliche Ausbildungsberufe müssen attraktiver und erlebbarer angeboten werden. Praktika sind ein gutes Mittel, damit sich Interessierte und Unternehmen besser kennenlernen. Wir regen an, den Schüler/innen häufiger wöchentliche Praktika in der Schulzeit anzubieten. Die Schüler/innen gewinnen dadurch einen besseren Berufsüberblick und die Unternehmen können sich als mögliche Arbeitgeber präsentieren. Regelmäßig stattfindende Berufsmessen, unter Einbindung neuer digitaler Werkzeuge in der Aus- und Weiterbildung, sollten regelmäßig regional organisiert werden.



LANDWIRTSCHAFT

- Verlässliche Rahmenbedingung durch mehr Planungs- und Rechtssicherheit
- Flächendeckendes 5G und leistungsfähiges Mobilfunknetz für autonome landwirtschaftliche Maschinen
- Schulbücher müssen die Landwirtschaft realitätsnah abbilden
- Tag der offenen Höfe / Unterrichtsstunde auf dem Bauernhof
- Wir unterstützen den „Niedersächsischen Weg“
- Landwirte müssen zukünftig für die Bereitstellung von Energie und für die CO₂-Speicherung honoriert werden

AGRAR- UND ENERGIELAND NIEDERSACHSEN: WIR ERNTEN NICHT NUR DIE BESTEN LEBENSMITTEL, SONDERN AUCH SONNE UND WIND.

Niedersächsische Landwirte produzieren qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Lebensmittel. Aber nicht nur das, sondern sie nutzen Sonne, Wind und Biogas. Ein Bauernhof ist heutzutage ein kleines Kraftwerk. Bereits vor Jahren haben sie die ersten Windräder und Solaranlagen aufgestellt. Dadurch leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende. Sie achten auf Klima-, Ressourcen-, Arten-, Gewässer- und Tierschutz. Landwirte sind Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie arbeiten vielfach als Familienbetrieb von früh bis spät, kennen kein Wochenende und sind mit ganzem Herzen bei der Sache. Sie leisten mit ihren Pflanzen und Wäldern einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz.



Die Landwirtschaft in Niedersachsen ist vielfältig. Bei vielen Produkten ist sie unbestritten „Marktführer in Deutschland“. Unterschiedliche natürliche Standortbedingungen haben dazu geführt, dass sich jeweils besondere landwirtschaftliche Schwerpunkte und Strukturen in den fruchtbaren Bördelandschaften entwickelt haben.

Die Betriebsgrößen sind unterschiedlich und reichen von wenigen Hektaren in Gartenbaubetrieben bis hin zu großen Ackerbaubetrieben. Mit einem Produktionswert von 11,9 Milliarden Euro ist Niedersachsen das Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Den größeren Anteil hat dabei die Tierhaltung. Wertmäßig die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind Schweine, Milch, Geflügel und Eier. Insgesamt finden etwa 130.000 Menschen Arbeit und Einkommen in der niedersächsischen Landwirtschaft, davon 36 % Frauen. Knapp 90 % der rund 37.800 Betriebe werden als Familienbetriebe geführt – teils im Haupterwerb, teils im Nebenerwerb. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für das Land Niedersachsen geht über den eigentlichen Sektor hinaus, denn sie ist zentraler Knoten eines engmaschigen Netzes von vor- und nachgelagerten Unternehmen. Landmaschinenhersteller und Stalleinrichtungsfirmer gehören ebenso dazu wie die Ernährungswirtschaft und der Agrarhandel. Mit rund 400.000 Erwerbstätigen ist

jeder 10. Arbeitsplatz in Niedersachsen im „Cluster Agribusiness“ angesiedelt. (Quelle: Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Investitionsentscheidungen werden langfristig getroffen, insbesondere im Bereich der Stallbauten. Investitionen müssen über ausreichend lange Zeiträume Bestand haben. Dafür brauchen unsere niedersächsischen landwirtschaftlichen Betriebe Planungs- und Rechtssicherheit.

Die Digitalisierung wird zu weiteren Umbrüchen in der Land-, Ernährungs- und Fortwirtschaft führen. Autonome und vernetzte Fahrzeuge sind bereits da im Einsatz, wo es die digitalen Rahmenbedingungen erlauben. Für uns gilt: Glasfaser und 5G bis an die letzte Milchkanne.

Gesellschaftlichen Wünschen nach mehr Umwelt- und Tierschutz müssen durch die gesamte Gesellschaft finanziell getragen werden. Zielkonflikte zwischen dem Erhalt einer regionalen Lebensmittelproduktion und den steigenden Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen müssen durch die Politik erkannt und bewertet werden.

Ursachen des Insektenrückgangs müssen ergebnisoffen, wissenschaftlich und frei von Ideologie geführt werden. Lösungsansatz bietet der „Niedersächsische Weg“. Dieser braucht eine praxisgerechte und attraktive Ausgestaltung und die Sicherstellung der auskömmlichen Finanzierung der Maßnahmen. Landwirtschaftliche Flächen in Schutzgebieten müssen auch zukünftig nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch erfolgreich bewirtschaftet werden können. Eine Moorschutzstrategie darf nicht zu einer entschädigungslosen Enteignung führen. Es bedarf der Möglichkeit zu einem echten Vertragsnaturschutz statt Verboten, damit Landwirte auch mit Naturschutz ihren Lebensunterhalt auskömmlich bestreiten können.

Ein pauschales Verbot von Pflanzenschutzmitteln gefährdet Ernten in Qualität und Quantität. Das gefährdet die Lebensmittelsicherheit und die Ernährungssicherheit. Die Ausweisung der sogenannten „Roten Gebiete“ ist fehlerhaft und intransparent. Die Benennung von NICHT-landwirtschaftlichen Verursachern ist zwingend erforderlich: Es muss das Verursacherprinzip gelten.

Importierte Lebensmittel sollten dem deutschen gesetzlichen Standard entsprechen. Andernfalls müssen sie entsprechend gekennzeichnet werden. Klare Herkunftskennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte, auch in verarbeiteten Lebensmitteln, damit Verbraucher regionale Produkte leicht erkennen und kaufen können.

Die gesellschaftliche Situation von Landwirten ist schwierig. Sie werden häufig zu Unrecht schlecht

dargestellt. Ein Weg daraus könnte mehr Öffentlichkeitsarbeit sein, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Zweimal im Jahr könnte es in Niedersachsen einen festen „Tag des offenen Hofes“ geben. Unterrichtsstunden für Schulklassen auf Bauernhöfen könnten ebenfalls ein Weg sein.

Wir stellen uns hinter die niedersächsischen Landwirte! Sie helfen unbürokratisch und unentgeltlich bei heftigem Schneefall oder beispielsweise bei der Flutkatastrophe 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Sie engagieren sich in der Dorfgemeinschaft und packen mit an. Gleiches können sie auch von den Entscheidungsträgern in der Politik erwarten.





FORSTWIRTSCHAFT

- Aufbau klimaresilienter produktiver Wälder
- Flächennutzung zur regionalen Wertschöpfung und Stärkung der Bioökonomie an Stelle von Nutzungsverzicht

WÄLDER UND NACHHALTIGE FORSTWIRTSCHAFT

Mit mehr als 180 Mrd. Euro Umsatz im Jahr zählt die Forstwirtschaft zu den wirtschaftsstärksten Branchen und bietet insgesamt 1,1 Mio. Menschen einen Arbeitsplatz in Deutschland. Beschäftigt sind diese größtenteils in familiengeführten Klein- und Mittelstandsunternehmen, die das Rückgrat in den ländlichen Räumen bilden.

Der Wald als „Grüne Lunge“ ist Garant für Artenvielfalt, saubere Luft, er dient als Wasserreservoir und Erholungsraum. Holz als nachwachsender Rohstoff mit einer hervorragenden Ökobilanz ist wichtig für den Klimaschutz – ohne den Beitrag der Wälder und der Holzverwendung würden die Treibhausgasemissionen Deutschlands um 14 Prozent höher ausfallen. Dies ist nur möglich durch eine aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Holz wird in Deutschland unter Einhaltung höchster gesetzlicher Nachhaltigkeits- und Sozialstandards ge-

wonnen. Nachhaltiges Bauen, Wohnen und Heizen mit heimischem Holz sind für den Wandel hin zur Bioökonomie und nationaler Rohstoffsicherheit unverzichtbar.

Die klimabedingten Extremwetter der letzten Jahre haben Waldbesitzende, Forstbetriebe und Unternehmen in einem nie gekannten Ausmaß getroffen. Die Wiederbewaldung und aktive Pflege klimaresilienter (robuster) leistungsfähiger Mischwälder für kommende Generationen sind nur mit dem Engagement der Betroffenen vor Ort möglich.

Nutzungsverzicht und Extensivierungen im Wald sind ökologisch wie ökonomisch der falsche Weg. Der wissenschaftsbasierte Aufbau standortgerechter produktiver Wälder und damit die CO₂-Bindung auch in Holzprodukten müssen hingegen unterstützt werden. Zielführend ist eine flächendeckende fachliche Beratung insbesondere zur Überwindung von Strukturschwächen im Kleinprivatwald.

Ausbildung und Technologieoffenheit im Zuge forstlicher Forschung müssen Basis für die zukunftsgerichtete Branche sein. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der Forst- und Holzwirtschaft in dem forstwissenschaftlich wie forstwirtschaftlich so bedeutsamen Land Niedersachsen wie auch in ganz Deutschland als nachhaltige Branche zu sichern und zu stärken. Dies hat positive Effekte für Millionen waldbesitzende Familien, forstliche Dienstleistungsunternehmen, Säge- und Handwerksbetriebe sowie für die gesamte Gesellschaft.



LÄNDLICHER RAUM

- Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen: Glasfaserausbau, Straßen, Schienen, Bahnhöfe sowie Wasserstraßen und Häfen
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Finanzielle Unterstützung für Familien bei Bau- oder Renovierungsvorhaben
- Gesundheits- und Versorgungszentren, Krankenhäuser vor Ort
- Supermärkte, ärztliche Versorgung, Bankservice und Geldautomaten müssen gewährleistet sein
- Flächendeckender Breitbandausbau/5G mit hoher Geschwindigkeit (ab > 100 Mbit)
- Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen
- Lärmschutzwände an Bahnschienen und Schnellstraßen

LEBENSWERTER LÄNDLICHER RAUM.

Ländliche Regionen sind die Heimat eines Großteils der Bevölkerung, vieler mittelständischer Betriebe und Dienstleistungsunternehmen. Unsere Landwirtschaft ist Teil dieser regionalen Wirtschaft. Um diese ländlichen Räume als dezentrale Wirtschaftsstandorte attraktiv zu halten und weiter zu stärken, sind in strukturschwachen Regionen weiterhin Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen erforderlich. Für wirtschaftlich schwache Regionen brauchen wir eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Strukturpolitik, mit

der sie ihre Identität erhalten. Wir wollen, dass in allen Gemeinden ortsansässige Betriebe erweitern und sich zusätzliche Betriebe ansiedeln können. Auch die Digitalisierung kann hier neue Perspektiven schaffen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen gleichwertige Erreichbarkeit und Mobilitätschancen. Gute Erreichbarkeit darf dabei nicht auf die Ballungsräume begrenzt sein, sondern muss auch den ländlichen Raum gleichwertig berücksichtigen. Dabei ist die Digitalisierung eine große Chance für die Weiterentwicklung der Erreichbarkeit und wird in Zukunft einen wesentlich flexibleren und maßgeschneiderten ÖPNV vor allem im ländlichen Raum ermöglichen.

Gerade die ländlichen Regionen sind von den Herausforderungen durch den demografischen Wandel stark betroffen. Die Abwanderungstendenzen, besonders der jungen und gut ausgebildeten Menschen in die Metropolen, das Aufbrechen alter Wertschöpfungsketten und die traditionelle Zusammenarbeit von Stadt und Land durch Globalisierung, Digitalisierung und Strukturwandel stellen Faktoren dar, auf die reagiert werden muss. Ländliche Regionen müssen für alle Generationen eine gute, zukunftsorientierte Heimat sein. Insbesondere die Jugend muss sich in ihrer Heimat entfalten können, sie braucht eine erstrebenswerte Perspektive. Einer Überalterung der ländlichen Regionen muss entgegengewirkt werden. Standortvorteile der ländlichen Räume sind die Natur, der Boden als Grundlage der Landwirtschaft, die Wälder mit ihrer Wirtschafts-, Erholungs-, Natur- und Klimaschutzfunktion und die dörflichen Sozialstrukturen. Vor Ort und gemeinsam mit der Politik muss dieser Schatz der ländlichen Regionen bewahrt werden.

Wir müssen den Glasfaserausbau weiter vorantreiben. Wenn wir die Landflucht vermeiden und den Zuzug von Familien und Arbeit fördern wollen, ist eine digitale Infrastruktur genauso elementar wie ein guter Anschluss an die nächste Autobahn oder den Bahnhof.

Wir wollen, dass der Grundsatz gilt: Von meinem Dorf aus ist alles erreichbar – analog oder digital. Gerade in Orten, wo Geschäfte des täglichen Bedarfs fehlen, liegt ein Schlüssel in der Ergänzung mit digitalen Angeboten und der Bereitstellung von Mobilität. Wir wollen stärker auf eine Wirtschaft der kurzen Wege setzen, die vor Ort erzeugte Wertschöpfung auch in der Region hält.

Wir brauchen eine regelmäßige Pflege und Wartung der Infrastruktur. Es darf keine kaputten Straßen, verschmutzte Bahnhöfe oder zerstörte Schilder geben. Wir brauchen den Ausbau des Schienenverkehrs, Lärmschutzwände und Bahnüber- und Bahnunterführungen anstatt Bahnschranken. Neue Verkehrsprojekte müssen beschleunigt und Einspruchsverfahren verkürzt und begrenzt werden. Insgesamt wünschen wir uns mehr Unterstützung der kleineren Gemeinden durch einfachere Erreichbarkeit öffentlicher Gelder und weniger Bürokratie.

Straßenausbaubeiträge müssen landesweit abgeschafft werden. In Niedersachsen werden höchst unterschiedliche Beiträge erhoben. Auffällig ist das bei benachbarten Gemeinden, wo die Differenz zwischen beitragsfrei bis zu 75 Prozent Anteil für die Anlieger liegen kann. Der kleinere Teil der anliegenden Bevölkerung und mittelständischen Unternehmen müssen die Lasten tragen, obwohl die Straßen überwiegend von anderen Personen genutzt werden.

Wir wollen, dass unsere Dörfer auch für junge Familien attraktiv bleiben und werden. Dafür bedarf es langfristiger Ansiedlungsanreize durch finanzielle Bauhilfen, Förderung von generationsübergreifenden Wohn- und Arbeitsformen sowie integrativer und inklusiven Wohn- und Arbeitsformen. Die Schule muss vor Ort bleiben. Das Land Niedersachsen soll die berufliche Bildung fördern und der Ausdünnung der Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen entgegenwirken.

Wir brauchen ein Konzept zur Förderung von Gesundheits- und Versorgungszentren in Klein-Kommunen, in denen sich ansonsten keine Ärzte, Apotheken oder Nahversorger ansiedeln würden. Schnell erreichbare Krankenhäuser müssen die notwendige Versorgung in der Region sicherstellen. Zusätzlich müssen die Rahmenbedingungen für Niederlassungen von freiberuflichen Ärzten verbessert werden. Durch Beseitigungen von Bürokratielasten und durch Abschaffung von Budgets und bestimmten Regressen. Die Voraussetzungen für mehr Telemedizin müssen geschaffen werden. Außerdem bedarf es eines Konzeptes zur Vergabe von Studienplätzen im Fach Medizin im Bereich Hausarzt im ländlichen Raum.

Wir brauchen zusätzliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Zum einen könnten diese durch steuerliche Anreize für mittelständische Betriebe zur Ansiedlung und Erweiterung entstehen und zum anderen sollte der Gesetzgeber den Kommunen die gesetzliche Möglichkeit geben, um neuansiedelnde Gewerbetreibende mit lukrativen Steuerermäßigungen zu werben, z.B. zum halben Gewerbesteuer-satz. Gleichzeitig müssen Bürokratievorschriften bei Unternehmensgründungen und Unternehmenserweiterungen abgebaut werden.

Die CDU muss ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum abgeben. Die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums muss gestärkt werden. Die Schaffung und Sicherung von guten Arbeitsplätzen, die Unterstützung des Gemeinwesens und der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur – insbesondere der Breitbandausbau – müssen im Vordergrund stehen.



ZUM ENDE.

Dieses Papier enthält wesentliche Ideen und Vorschläge für eine starke Wirtschaft in Niedersachsen.

Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Niedersachsen wünschen uns für die Menschen im Land ein Bundesland mit verlässlichen Rahmenbedingungen für gute Ideen für heute und morgen. Daran wollen wir arbeiten, dafür wollen wir uns einsetzen. Im Niedersächsischen Landtag, in der Regierung und in der Verwaltung. Mit guten Köpfen, aber vor allem mit vielen Ideen.

Lassen Sie uns gemeinsam an einer guten Zukunft für unser Niedersachsen arbeiten. Unterstützen Sie uns und unsere Ideen!



ANHANG

ERLÄUTERUNGEN ZUR ENERGIEPOLITIK

A Ausgangslage

Die Pariser Klimaziele zur Verhinderung einer unumkehrbaren Klimaerwärmung mit katastrophalen Folgen für die Menschheit fordern einen weltweiten, fast vollständigen Verzicht auf fossile Kohlenstoffträger bis 2050. Deutschland hat sich die ambitionierte Aufgabe gestellt, bereits 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Die damit verbundene Transformation unserer Industriegesellschaft ist nach dem derzeitigen Wissenstand alternativlos und wird daher von der überwiegenden Mehrheit unserer Gesellschaft positiv begleitet.

Der Mittelstand als wichtiger Arbeitgeber und Innovationsmotor steht zu den Klimazielen und ist bereit, entsprechende Schritte zur Umsetzung der politischen Ziele zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu unternehmen. Im Gegensatz zu den großen Emittenten von Treibhausgasen in der von Konzernen geprägten Großindustrie gibt es derzeit keine abgestimmten Pläne und Strategien, wie die Umwandlung zur Klimaneutralität in der mittelständischen Industrie und Gewerbe erfolgreich umgesetzt werden kann. Um diese Planungsunsicherheit zu beseitigen, müssen sofortige Lösungsansätze von Politik und Wissenschaft angegangen werden.

Diese Ansätze müssen unter der Prämisse erarbeitet werden, dass es nicht eine alleinige große Lösung gibt. Die Transformation kann nur gelingen, wenn diese technologieoffen, dezentral und unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten umgesetzt wird. Der ländliche Raum bedarf anderer Lösungen als Ballungsräume, da auf Grund der räumlichen Gegebenheiten andere Anforderungen bzgl. Entfernung, sozialen Strukturen und Demographie bestehen.

Der Umbau unserer bestehenden, klimaschädigenden Gesellschaft zu einer klimaneutralen Gesellschaft kann nur gelingen, wenn auch die Bereiche Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft neu auf-

gestellt werden. Weg von einem linearen Ressourcenverbrauch hin zu einer zirkulären Nutzung möglichst aller Werkstoffe. Energieeffizienz und Ressourceneffizienz muss in einem Kontext gedacht werden, um entsprechende Synergien aufzudecken und zu heben. Die Bearbeitung dieser Themen sprengt den Rahmen dieses Papiers, das den Fokus auf den Umbau unserer Industriegesellschaft bezgl. der energetischen Herausforderungen betrachtet.

Die Transformation der deutschen, industriegeprägten Gesellschaft wird den finanziellen Rahmen der Wiedervereinigung sprengen. Erste Schätzungen gehen von bis zu 3 Billionen € aus. Dabei ist nicht geklärt worden, ob und in wie weit durch diese investiven Maßnahmen die Betriebskosten steigen und dann überhaupt noch Produkte „Made in Germany“ international wettbewerbsfähig sein werden. Die Gefahr von Stranded Assets ist hoch und gefährdet unsere Volkswirtschaft. Diese Kosten kann der Mittelstand nicht alleine stemmen, es müssen hierzu langfristige, planbare und verlässliche Instrumente geschaffen werden, um den erforderlichen Finanzbedarf über einen mehrere Generationen überspannenden Zeitraum zu decken. Neben Kosten für CapEx¹ müssen in der Phase des Markthochlaufs grüner Produkte OpEx²-Kosten mit öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

B Kernpunkte

B.1 Technologieoffenheit und Technologiewechsel

Die Erreichung der Klimaziele ist mit einem vollständigen Umbau von Industrie, Gewerbe, öffentlichen Sektoren und privaten Haushalten verbunden. Derzeit ist noch völlig unklar, wie die ambitionierten Ziele technisch umgesetzt werden können, da viele Ideen noch im Bereich der Grundlagenforschung stecken. Um innovative Gedanken und völlig neue Ansätze durch starre regulatorische Vorgaben nicht abzuwürgen, muss eine technologieoffene Herangehensweise zwingend gewählt werden. Ob e-Mobilität die alleinige Lösung für den Individualverkehr sein wird, ist noch unklar, da neben Wirkungsgradbetrachtungen

1 CapEx – Capital Expenditures: längerfristige Investition in Vermögenswerte des Unternehmens

2 OpEx – Operational Expenditures: Betriebskosten für Personal, Energie, Rohstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe

auch Reichweite, Nutzlast und Ladedauer eine entscheidende Rolle spielen. Städtische Bereiche sind dabei anders zu bewerten als der ländliche Raum. Technologieoffenheit lässt sich durch freie Märkte fördern, in denen der Verbraucher entscheidet, welche Technik für ihn geeignet ist und welche nicht.

Der Wechsel zu erneuerbaren Energien darf nicht nur eine einfache Substitution der Brennstoffe sein, indem fossile Energieträger durch grünen Strom und grüne Brennstoffe ausgetauscht werden. Er muss auch als Chance begriffen werden, innovative Prozesse und Verfahren einzuführen, zu erproben und schließlich zur Marktreife zu bringen. Diese sehr forschungslastigen Projekte werden derzeit in der Regel von der Großindustrie angestoßen, da sie von der Politik mit Forschungsgeldern unterstützt werden. Kleine und mittelständische Unternehmen finden auf Grund der Komplexität und den administrativen Hürden gar nicht den Zugang zu Forschungsgeldern und haben kaum die Möglichkeiten, ihr Wissen und Kreativität in diese Prozesse einzubringen. Neben dem Wechsel von Energieträgern können auch Stoffsubstitute herangezogen werden, um den Gesamtenergieverbrauch zu senken. So erschließen sich für die Textilindustrie deutliche Effizienzverbesserungen im Rahmen eines Life-Cycle-Assessments³, wenn ein Wechsel von energie- und wasserverbrauchender Baumwolle hin zu Hanf gelingen wird.

Bei Forschungsvorhaben ist auch der Mittelstand einzubinden, da auch dort Wissen und Erfahrung vorhanden sind. Beispielhaft sei hier die Entwicklung von Energiespeichern genannt, ohne die eine verlässliche Nutzung der volatilen erneuerbaren Energien nicht möglich sein wird.

B.2 Energiepreise und klimaneutrale Brennstoffe

Der Umbau zu einer klimaneutralen Volkswirtschaft bedeutet, dass alle Primär- und Sekundärenergien durch CO₂-freie Energieträger ersetzt werden müssen. Dies bedeutet, dass ein großer Teil entweder durch elektrische Prozesse oder alternative Brennstoffe wie Wasserstoff, BioLNG, eFuels (PtL)⁴ ersetzt werden muss. Um diesen Prozess nicht zu verzögern,

sondern sogar zu beschleunigen, muss elektrischer Strom preislich international wettbewerbsfähig sein. Dies bedeutet derzeit Preise von 40 €/MWh, was mit erneuerbaren Energien, die sehr niedrige Betriebskosten haben, durchaus machbar ist. Derzeit wird durch Steuern und Abgaben der Strompreis unattraktiv gehalten sowie mit dem Merit-Order⁵-Effekt des derzeitigen Strommarktdesigns verhindert, dass die Kostenvorteile der erneuerbaren Stromerzeugung nicht beim Verbraucher ankommen. Daher muss der nationale Gesetzgeber in Abstimmung mit der EU einen attraktiven Strommarkt schaffen, der für Transformationstechniken eine wettbewerbsfähige Basis schafft und Kosten für OpEx niedrig hält. Mit Einnahmen aus einer maßvollen CO₂-Bepreisung kann der Strommarkt gestützt werden.

B.3 Ermittlung Datengrundlage

Es fehlen belastbare Plandaten, wie die Energieversorgung der mittelständischen Wirtschaft vollständig auf ‚grüne‘ Energien umgestellt werden kann. Wärmeerzeugung mit Kohle und Erdgas muss zukünftig durch grünen Strom, Wasserstoff, BioLNG, eFuels (PtL) sowie andere noch nicht bekannte Stoffe ersetzt werden. Inwieweit Strom die Aufgabe von fossilen Brennstoffen zukünftig übernehmen kann (PtH⁶), ist ungeklärt und muss zur Planung des zukünftigen Stromverbrauchs sowie den hierfür erforderlichen Zubau an erneuerbaren Energien kurzfristig ermittelt werden. Auch das Potential der vorhandenen und zukünftigen Abwärme aus industriellen und gewerblichen Prozessen ist nicht vollumfänglich erfasst und quantifiziert. Da derzeit Gebäudewärme einen wesentlichen Anteil der Treibhausgasemissionen verursacht, können hier durch effiziente Abwärmenutzung deutliche Treibhausgasminderungen erzielt werden. Bereits jetzt erfolgreiche Praxislösungen, z.B. im Bereich von Biogasanlagen, müssen bei passenden Randbedingungen etabliert werden.

³ Lebenszyklus Betrachtung gemäß ISO 14044 ff.

⁴ PtL – Power to Liquid: Umwandlung von Strom in flüssige Brennstoffe

⁵ Die Merit-Order ist die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke, die durch die variablen Kosten der Stromerzeugung bestimmt wird. Dabei werden zuerst die günstigsten Kraftwerke zur Deckung der Nachfrage aufgeschaltet, das letzte Kraftwerk mit den höchsten Grenzkosten, das zur Deckung der Nachfrage benötigt wird, bestimmt den Preis (Dr. Massimo Genoese, KIT Karlsruhe, Gabler Wirtschaftslexikon).

⁶ PtH – Power to Heat: Wärmeerzeugung durch Stromnutzung, wie Wärmepumpen, induktive und konduktive Erwärmung

Ebenso muss von Politik und Energiewirtschaft geregelt werden, wie die erneuerbaren Energien und grüner Wasserstoff zu den mittelständischen Endverbrauchern gelangen können. Die derzeitige Infrastruktur ist dafür nicht ausreichend und muss weiterentwickelt werden. Neben den langen Planungsverfahren für neue Stromleitungen oder H₂-Anschlüsse muss auch eine Lösung für die zu erwartende Kostenübernahme gefunden werden. Derzeit werden nur die Übertragungsnetze neu geplant, die Dimensionierung und der anschließende Ausbau der Verteilnetze ist völlig ungeklärt. Die politisch verursachten Infrastrukturkosten können nicht alleine von den Unternehmen getragen werden, da diese sie in der Regel überfordern und ihre wirtschaftliche Existenz gefährden.

B.4 CO₂-Bepreisung

Die Bepreisung von CO₂ ist erforderlich, um mit Preissignalen Innovationssprünge und Technologiewechsel zu initiieren. Im Rahmen eines Emissionshandelssystems kann sie ein marktwirtschaftliches Instrument darstellen und Lenkungswirkung zur Treibhausgasminderung entfalten. Allerdings darf das System nicht mit überzogenen Zielen belastet werden. Lenkungswirkung kann sich nur entfalten, wenn es wettbewerbsfähige Alternativen zu den etablierten, klimabelastenden Techniken gibt. Voraussetzung für diese Alternativen ist ebenso eine funktionierende Infrastruktur, um grüne Energien zu den Verbrauchsstellen zu bringen. So ist die Umstellung von mit fossilem Erdgas erzeugter Prozesswärme in Verzinkereien, Gießereien, Wärmebehandlungen auf strombasierte Verfahren oder auf grünem Wasserstoff nur möglich, wenn diese Energieträger zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sind und über eine entsprechend dimensionierte Infrastruktur in Form von Stromtrassen und Pipelines zu den Verbrauchern gelangen kann.

Bei der Ausgestaltung des Emissionshandelssystems muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie eine langfristige, planbare Perspektive berücksichtigt werden. Politische Eingriffe, um auf kurzfristige Veränderungen zu reagieren, sollten verhindert werden, da

sonst die Planbarkeit für die Beteiligten verloren geht.

Einnahmen aus dem Emissionshandel dürfen nur zum Umbau von fossilen hin zu klimaneutralen Techniken genutzt werden. Sie dürfen nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern und transformationsfremden Projekten verwendet werden.

B.5 Energieeffizienz

Neben der Umstellung von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern ist die Effizienzsteigerung von energetischen Prozessen ein wichtiger Hebel zur Erreichung der Klimaziele. Da erneuerbare Energieträger auf absehbare Zeit begrenzt und damit teuer sind, müssen verstärkt Energieeffizienzsteigerungen realisiert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Bei der Ermittlung von Energieeffizienzmaßnahmen muss ein umfassender Ansatz gewählt werden. Die Fokussierung auf einzelne Prozesse, ohne vor- und nachgeordnete, energieverbrauchende Schritte nicht zu betrachten, wird nicht das ganze Potential gehoben und im schlimmsten Fall sogar ineffizienter werden. Vorhandene Programme zur Energieeffizienzsteigerung wie Energieaudits sollten auf Funktionalität und Nutzen überprüft und auf darauf basierenden Schlussfolgerungen weiterentwickelt werden. Verpflichtende, praxisnahe Energieaudits für alle Sektoren müssen die Regel werden.

B.6 Anpassung des Gebäudesektors

Der Gebäudesektor ist einer der großen Emittenten von Treibhausgasen und anderen umweltrelevanten Stoffen. Die Langlebigkeit der Gebäude und der individuelle Anspruch an den Betriebsablauf, den Standort und das äußere Erscheinungsbild der Gebäude stellen hierbei eine Besonderheit des Sektors da. Gerade der Gebäudesektor mit Errichtung und Unterhaltung ist ein klassisches Tätigkeitsfeld des Mittelstands.

Im Rahmen der Anpassung des Gebäudebestands an klimafreundliche Techniken sind mittelständische Unternehmen und private Haushalte überfordert. Die von der Bundesregierung aufgelegten Förderprogramme sind hilfreich, müssen aber weiterentwickelt und aufgestockt werden. Planungssicherheit kann

nur erreicht werden, wenn diese Förderprogramme langfristig angelegt sind und nicht unvorbereitet eingestellt werden. Die schnelle Weiterentwicklung der Gebäudetechnik verlangt umfassende Beratung durch neutrale Experten, deren Zulassung und Finanzierung geregelt werden muss.

Da der Mittelstand ein wichtiger Marktteilnehmer bei Errichtung und Unterhaltung von Gebäuden und dazugehöriger Infrastruktur ist, darf er nicht mit überbordender Bürokratie belastet werden. Umsetzung von Klimaneutralität im Gebäudesektor ist nur erreichbar, wenn ausreichend Nachwuchs am Arbeitsmarkt mit dem Hintergrund des demographischen Wandels geschaffen wird.

Auch bei der Umgestaltung des Gebäudebestandes dürfen die Klimaziele nicht alleiniges Entscheidungskriterium sein. Historisch wertvolle Substanz und Stadtbilder müssen unangetastet bleiben, denn der Weg in die Zukunft wird nur erfolgreich sein, wenn auch nachfolgende Generationen wissen, woher sie kommen und wo ihre Wurzeln sind.